

B e k a n n t m a c h u n g

Satzung der Gemeinde Estorf über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen und den Ersatz von Verdienstaussfall und Auslagen vom 14. Dezember 2011

Aufgrund der §§ 10,44,54,55 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der zur Zeit geltenden Fassung hat der Rat der Gemeinde Estorf in seiner Sitzung am 14.12.2011 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

(1) Die Tätigkeit als Ratsfrau oder Ratsherr und sonstige ehrenamtliche Tätigkeit für die Gemeinde wird grundsätzlich unentgeltlich geleistet. Anspruch auf Erstattung von Verdienstaussfall und Auslagen besteht im Rahmen der Höchstbeträge nach dieser Satzung. Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und sonstige ehrenamtlich tätige Personen werden nur im Rahmen dieser Satzung gezahlt.

(2) Eine monatliche Aufwandsentschädigung wird jeweils für einen vollen Monat gezahlt, auch dann, wenn der Empfänger das Amt nur für einen Teil des Monats inne hat. Führt der Empfänger einer Aufwandsentschädigung seine Dienstgeschäfte ununterbrochen- den Erholungsurlaub nicht eingerechnet- länger als 3 Monate nicht aus, so entfällt die Aufwandsentschädigung für die über einen Monat hinausgehende Zeit. Vom gleichen Zeitpunkt an erhält die die Geschäfte führende Vertreterin oder der die Geschäfte führende Vertreter 75 % der Aufwandsentschädigung des Vertretenen. Ruht das Mandat, so wird keine Aufwandsentschädigung gezahlt.

(3) Für eine Fahrkostenentschädigung, die als monatlicher Durchschnittssatz gezahlt wird, gilt Abs. 2 entsprechend.

§ 2 Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder

(1) Die Ratsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung als Sitzungsgeld für die Teilnahme an Rats- und Ausschuss-Sitzungen in Höhe von 22,- € je Sitzung.

(2) Dauert eine Sitzung länger als 6 Stunden, so kann auf besonderen Ratsbeschluss höchstens ein weiteres Sitzungsgeld gewährt werden. Bei mehreren Sitzungen, gleich welcher Art, die an einem Tag stattfinden, dürfen nicht mehr als 2 Sitzungsgelder gezahlt werden. Eine Sitzung, die über 24.00 Uhr hinausgeht, zählt als Sitzung des Tages, an dem sie begonnen wurde.

(3) Mit dem Sitzungsgeld sind auch die Fahrkosten aus Anlass der Sitzung sowie sämtliche sonstige Aufwendungen (mit Ausnahme der Aufwendungen nach Abs. 2) abgegolten.

(4) Aufwendungen für eine erforderliche Kinderbetreuung werden in der nachgewiesenen Höhe, je Stunde höchstens mit 10,- € ersetzt.

...

§ 3

Zusätzliche Aufwandsentschädigungen

(1) Neben den Beträgen nach § 2 werden monatlich folgende zusätzliche Aufwandsentschädigungen gezahlt:

| | |
|---|----------|
| a) an die Bürgermeisterin/den Bürgermeister | 225,-- € |
| b) an den/die 1. stellv. Bürgermeister/in | 75,-- € |
| c) an den/die 2. stellv. Bürgermeister/in | 50,-- € |

(2) Nimmt eine der in Abs. 1 genannten Personen mehrere der dort aufgeführten Funktionen zugleich wahr, wird von den zusätzlichen Aufwandsentschädigungen nur die jeweils höchste gezahlt.

§ 4

Aufwandsentschädigung für die allgemeine Stellvertreterin/ den allgemeinen Stellvertreter der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters

Die allgemeine Stellvertreterin/der allgemeine Stellvertreter der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von 40,-- €.

§ 5

Sitzungsgeld für sonstige Mitglieder in Ratsausschüssen

Nicht dem Rat angehörende Mitglieder von Ratsausschüssen erhalten eine Aufwandsentschädigung als Sitzungsgeld in Höhe von 22,- € § 2 Abs. 2 dieser Satzung gilt entsprechend.

§ 6

Fahrtkosten

(1) Neben der Entschädigung aus §§ 2 und 3 dieser Satzung erhalten für Fahrten innerhalb des Gemeindegebietes eine Fahrtkostenpauschale:

| | |
|---|-------------------|
| a) die Bürgermeisterin/der Bürgermeister | 30,-- € monatlich |
| b) die allgemeine Stellvertreterin/der allgemeine Stellvertreter der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters | 25,-- € monatlich |
| c) die Vorsitzenden der Fachausschüsse | 30,-- € monatlich |

(2) Im Übrigen wird für Fahrten im Auftrage der Gemeinde auf Antrag die nach dem Bundesreisekostengesetz zulässige Wegstreckenentschädigung gezahlt.

§ 7

Verdienstaufschlag

(1) Auf Antrag haben erhalten eine Entschädigung für Verdienstaufschlag

- a) Ratsmitglieder neben ihrer Aufwandsentschädigung,
- b) Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte, soweit sie keine Aufwandsentschädigung erhalten,
- c) ehrenamtlich tätige Personen, soweit sie keine Aufwandsentschädigung erhalten.

...

(2) Unselbständig Tätigen wird der entstandene und nachgewiesene Bruttoverdienstaufschlag ersetzt. Dabei soll die Erstattung des Verdienstaufschlages und der darauf entfallenden Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge unmittelbar mit dem Arbeitgeber geregelt werden. Selbständig Tätigen kann eine Verdienstaufschlagpauschale je Stunde gewährt werden, die im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens festgesetzt wird. Ein Entschädigungsanspruch besteht nur, soweit Verdienstaufschlag nachweislich durch die Ratstätigkeit bzw. die ehrenamtliche Tätigkeit für die Gemeinde entstanden ist. In Zweifelsfällen entscheidet der Rat.

(3) Die Entschädigung für Verdienstaufschlag wird auf höchstens 15,00 € je Stunde begrenzt.

(3) Die Pauschalstundensätze im Sinne des § 55 i. V. m. § 44 NKomVG werden auf 10,- € festgesetzt.

§ 8 Reisekosten

Für von der Gemeinde angeordnete Dienstreisen außerhalb des Gemeindegebietes erhalten Ratsmitglieder und ehrenamtlich tätige Personen auf Antrag Reisekostenvergütung nach Stufe B des Bundesreisekostengesetzes. Sitzungsgelder oder Auslagenersatz werden daneben nicht gezahlt.

§ 9 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.11.2011 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen, Verdienstaufschlag und Auslagenersatz für Ratsmitglieder und ehrenamtlich tätige Personen in der Gemeinde Estorf vom 14.05.1997, zuletzt geändert durch die Satzung vom 20.03.2007, außer Kraft.

Estorf, 14. Dezember 2011

Gemeinde Estorf

Hans-Werner Hinck
Bürgermeister